

ALBANIEN

Gewerkschaftsmonitor

August 2019

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die politische Lage Albaniens ist von einer starken Polarisierung zwischen der Regierungsmehrheit der Sozialistischen Partei (SP) um Premierminister Edi Rama und der Opposition aus Demokratischer Partei (DP) und Sozialistischer Bewegung für Integration (LSI) geprägt. Im Laufe des Jahres 2019 spitzte sich die Situation immer weiter zu, nachdem die DP und LSI ihre Parlamentsmandate aus Protest zurückgegeben und zu Straßenprotesten aufgerufen hatten, um schließlich auch die Kommunalwahlen im Juni zu boykottieren. Begründet wird dieses Verlassen der demokratischen Institutionen durch Korruptions- und Wahlmanipulationsvorwürfe gegen die SP. Obgleich auch Präsident Ilir Meta, zuvor LSI, die Kommunalwahlen absagte, fanden diese am 30.6. statt und blieben trotz vorheriger gewaltsamer Ausschreitungen der Protestierenden friedlich. Die Wahlbeteiligung blieb bei 23 Prozent und die SP trat de facto ohne Konkurrenz an. Der Einzug neuer Bürgermeister_innen in bisher DP-regierten Kommunen geschieht nun teils unter Protest der vorherigen Administration. Bis heute ist keine Lösung für den Konflikt der politischen Lager in Sicht.

Doch neben der verfahrenen aktuellen Situation sind die weit aus bedeutenderen Fragen, ob und wie politische Aushandlungsmechanismen mittel- und langfristig neugeordnet werden können, um demokratische Institutionen zu konsolidieren. Dies ist die zentrale Reformaufgabe für die kommenden Jahre. Erste Schritte sind bereits im Justizsektor erfolgt. In einem umfassenden Vetting-Verfahren wird die Eignung von Richter_innen und Staatsanwält_innen geprüft, indem sie unter anderem ihre Vermögen offenlegen müssen. Zahlreiche Jurist_innen haben durch dieses Verfahren bereits ihre Posten geräumt oder räumen müssen. Zudem wird der gesamte Justizsektor institutionell neu aufgestellt. Auch in Legislative und Exekutive sollen in Zukunft ähnliche Verfahren durchgeführt werden.

Derartig tiefgreifende Reformen hängen eng mit der EU-Perspektive des Landes zusammen, deren Konditionalitäten einen

Hebel für Wandel bieten. Denn sowohl in der Bevölkerung als auch in der Regierung ist bislang der Wunsch stark, in Beitrittsverhandlungen einzutreten. Trotz Empfehlung durch die Europäische Kommission wurde der Entschluss über eine Eröffnung durch den Europäischen Rat jedoch bereits mehrfach und zuletzt auf Oktober 2019 verschoben. Die politische Krise Albaniens wirkt sich dabei zwar möglicherweise negativ auf diese Verhandlungsperspektive aus, entscheidender erscheinen für das Zögern jedoch Motive, die in innenpolitischen Konstellationen einiger EU-Mitgliedsstaaten liegen. Es ist fraglich, wie lange eine transformative Strahlkraft der EU anhalten kann, sollte die Eröffnung von Verhandlungen erneut verschoben werden.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Im Jahr 2018 wuchs das BIP um 4,0 Prozent und damit etwas stärker als im Vorjahr (3,8 Prozent in 2017). Auch für 2019 werden 3,9 Prozent erwartet. Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds gehen von einem ähnlichen Wachstum im Zeitraum bis 2023 aus.

Mit 46,7 Prozent Anteil am BIP sind Dienstleistungen der größte Sektor, gefolgt von Industrie und Baugewerbe mit 21,2 Prozent und Landwirtschaft mit 19,9 Prozent.

Wachstumsbranchen sind vor allem der Energie- und der Bausektor sowie der Tourismus. Daneben wächst auch die Bekleidungs- und Schuhindustrie. Die Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP sinkt leicht und lag 2017 bei 71,8 Prozent.

Die offizielle Arbeitslosenrate liegt bei 12,1 Prozent (2019), wobei mehr als ein Viertel (26,5 Prozent (2018)) der jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren weder in Schule, Ausbildung noch Arbeit sind. Entsprechend äußern mehr als die Hälfte der 14- bis 29-Jährigen den Wunsch, ins Ausland zu emigrieren, wo sie sich einen höheren Lebensstandard und bessere Beschäftigungsmöglichkeiten versprechen.

Die albanische Bevölkerung ist vergleichsweise jung, wobei das Durchschnittsalter in den vergangenen Jahren angestiegen ist. Ein ähnlicher demografischer Wandel wie im Rest Europas ist also zeitversetzt zu erwarten. Die Migration junger Menschen, die zusätzlich durch Anwerbeprogramme aus Deutschland und anderen Ländern unterstützt wird, trägt damit nicht nur zu einer Abwanderung von Fachkräften, sondern auch zu einer Verschiebung der Altersgruppen in der Gesellschaft bei.

Trotz einiger Bestrebungen zur Formalisierung ist informelle Beschäftigung weiterhin verbreitet. Sie wird auf einen Anteil zwischen einem Drittel und der Hälfte der Beschäftigten geschätzt.

Das albanische Wirtschaftsmodell basiert bisher auf Niedriglohnbeschäftigung. So ist der albanische Mindestlohn in den vergangenen Jahren zwar gestiegen, bildet mit monatlich ca. 210 Euro (2019) jedoch das Schlusslicht im europäischen Vergleich. Der Durchschnittslohn lag im ersten Quartal 2019 bei ca. 410 Euro und damit 4,9 Prozent über dem Vorjahrswert. Die Inflationsrate lag 2018 bei 2 Prozent (seit 2012 zwischen 1,3 und 2 Prozent).

GEWERKSCHAFTEN IN ALBANIEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern hat es in Albanien nie eine genuine Gewerkschaftsbewegung gegeben. In der Zeit der Diktatur (1944–1990) war die Gewerkschaft lediglich eine Propagandaorganisation des Regimes. Einen sozialen Dialog gab es weder am Arbeitsplatz noch auf Sektor- oder nationaler Ebene. Mit Zusammenbruch des Regimes starteten auch die Gewerkschaften in ein neues Zeitalter. Mit Einführung der Marktwirtschaft war der Staat nicht länger der einzige Arbeitgeber und auch die Gewerkschaften waren nicht mehr mit Staat und Partei gleichzusetzen. Die Gründung von Gewerkschaften und Verbänden wurde unter der Führung von zwei Konföderationen gefördert, die wenige Monate nach dem Zusammenbruch des Regimes entstanden waren und bis heute bestehen. Es sind die Konföderation der Gewerkschaften Albaniens (KSSH) und die Union der Unabhängigen Gewerkschaften Albaniens (BSPSH). Die KSSH wurde am 05.06.1991 gegründet und ist aus den kommunistischen Staatsgewerkschaften hervorgegangen. Der aktuelle Vorsitzende, Kol Nikollaj, übt sein drittes Mandat aus. Das Mandat geht über jeweils fünf Jahre. Die KSSH zählt nach eigenen Angaben 120.000 Mitglieder und vereint zwölf Föderationen unter ihrem Dach. Die BSPSH wurde in politischer Opposition zum kommunistischen Regime am 11.03.1991 gegründet. Die BSPSH hat elf Föderationen und gibt 110.000 Mitglieder an. Sie war eine der ersten demokratischen Organisationen des Landes und spielte Anfang der 90er Jahre eine wichtige Rolle bei der Überwindung des Kommunismus. Ihr aktueller Vorsitzender ist Gezim Kalaja, der bereits sein viertes Mandat ausübt (Mandatsdauer ebenfalls fünf Jahre). Die Trennung dieser Dachverbände auch entlang parteipolitischer Zugehörigkeiten war von Beginn an angelegt.

Seit Beginn der 1990er Jahre und dem Fall des Kommunismus wurden in Albanien 83 aktive Gewerkschaften gegründet. Ein Großteil von ihnen arbeitet als Mitglieder der beiden Dachverbände, während andere unabhängig bleiben oder als Abspaltung von einer Dachverbandsgewerkschaft gegründet wurden.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die beiden großen Konföderationen vertreten ca. 90% der Gewerkschaftsmitglieder in Albanien. KSSH und BSPSH sind in allen zwölf Regionen des Landes (Qarks) vertreten und agieren hauptsächlich in folgenden Sektoren: Bildung und Wissenschaft, Verwaltung, Textilindustrie, Metallurgie und Telekommunikation.

Als wesentliches Merkmal betonen beide Dachverbände, dass sie sowohl im öffentlichen Sektor als auch in privatisierten Unternehmen wachsen.

65 Prozent der öffentlichen Angestellten sind gewerkschaftlich organisiert, während im nicht-landwirtschaftlichen Privatsektor nur 20 Prozent und in der privaten Landwirtschaft lediglich 2,1 Prozent Gewerkschaftsmitglieder sind. Damit liegt der Organisationsgrad insgesamt bei 20 Prozent. Entsprechend werden im öffentlichen Sektor die meisten Tarifverträge abgeschlossen. Die Gewerkschaften im privaten Sektor hingegen sind wesentlich schwächer. Beispielhaft ist der Textilsektor, der sich in den vergangenen Jahren stark entwickelt hat. Hier gibt es de facto nur sehr eingeschränkt unabhängige Gewerkschaftsarbeit und Beschäftigte sind sich der Existenz der Gewerkschaft größtenteils nicht bewusst. Entsprechend sind in der Textilbranche die Arbeitsbedingungen weiterhin schlecht und die Löhne niedrig.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Nach dem albanischen Arbeitsgesetz können Gewerkschaften von mindestens 20 Arbeitnehmer_innen gegründet werden. Sie müssen zur Unterzeichnung des Gründungsgesetzes und der Satzung vor einem Notar erscheinen und sich anschließend beim Bezirksgericht Tirana registrieren lassen. Erst dann gelten Gewerkschaften als legal und dürfen ihre Tätigkeiten aufnehmen.

Der größte Teil der Gewerkschaftseinnahmen kommt aus dem Gewerkschaftsvermögen. Dieses Vermögen stammt von der kommunistischen Gewerkschaft und wurde nach dem Sturz des Kommunismus aufgeteilt. Je 45 Prozent des Vermögens gehören den beiden großen Dachverbänden KSSH und BSPSH, 5 Prozent der Bergbaugewerkschaft und 5 Prozent sind auf andere Gewerkschaften verteilt. Es handelt sich dabei vor allem um Immobilien. So besitzen die Gewerkschaften beispielweise Erholungsheime, Kulturräumlichkeiten und Spielsäle. Dieses Vermögen trägt wesentlich dazu bei, dass die Konföderationen nur wenig aktiv sind, Mitgliedsbeiträge verbindlich festzulegen und zu einzutreiben. Auch eine professionelle Mitgliederwerbung findet kaum statt.

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände des Landes

Dachgewerkschaft	Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
Konfederata e sindikatave te Shqiperise, KSSH (Confederation of Trade Unions of Albania)	Kol Nikollaj	120.000	Internationaler Gewerkschaftsbund (ITUC), Pan European Regional Council (PERC)
Bashkimi i Sindikatave te Shqiperise, BSPSH (Union of the Independent Trade Unions of Albania)	Gezim Kalaja	110.000	Internationaler Gewerkschaftsbund (ITUC), Pan European Regional Council (PERC)

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften des Landes

Gewerkschaft	Mitgliedschaft in Dachgewerkschaft	Vorsitz	Mitgliederzahl (eigene Angaben)	Internationale Mitgliedschaften
Sindikata e Pavarur e Arsimit te Shqiperise, SPASH (Independent Trade Union of Education of Albania)	BSPSH	Nevruz Kaptelli	9.800	International Education (EI)
Federata e Sindikatave te punonjesve te Industrise, FSPISH (Trade Union Federation of Industry Employees of Albania)	KSSH	Taf Koleci	12.500	IndustriAll
Federata e Sindikatave te Punonjesve te Arsimit, Edukimit dhe Shkences, FSPAESH (Trade Union Federation of Education and Science)	KSSH	Hajrush Collaku	9.500	International Education (EI)

Nach den Parlamentswahlen im Juni 2017 hat der wiedergewählte Premierminister Edi Rama einige Änderungen an der Struktur der künftigen Regierung vorgenommen. Die Anzahl der Ministerien wurde von 19 auf 14 reduziert. Die wichtigste Änderung war die Auflösung des Ministeriums für Wohlfahrt und Soziales (Arbeitsministerium). Die Befugnisse dieses Ministeriums wurden zwischen dem Ministerium für Wirtschaft und Finanzen und dem Ministerium für Gesundheit und Sozialschutz aufgeteilt. Bemerkenswert ist, dass viele Direktorate im ehemaligen Arbeitsministerium nicht mehr funktionsfähig sind, z. B. das Direktorat für Arbeitsbeziehungen, welches sich mit Schlüsselthemen wie Tarif- und anderen Verhandlungen, Mediation, Schiedsverfahren und anderen arbeitsrelevanten Themen befasst hatte.

Die albanische Regierung hat bisher 45 ILO-Übereinkommen ratifiziert, darunter sind alle ILO-Kernarbeitsnormen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Branchentarifverträge bestehen hauptsächlich auf nationaler oder auf regionaler Ebene. Die Vereinbarungen regeln einen Mindestlohn, Entlohnung bei Kündigung, Überstunden, Vertragslaufzeiten sowie die Freiheit von gewerkschaftlichen Aktivitäten. Tarifverhandlungen auf Branchenebene beziehen in der Regel alle relevanten Unternehmen ein. Auf Branchene-

bene im öffentlichen und privaten Sektor gibt es 22 gültige Tarifverträge in den Bereichen: Bildung, Gesundheit, öffentliche Angelegenheiten, Transport, öffentliche Sicherheit und Bau. Sie decken ca. 182.230 Beschäftigte ab.

Auf Unternehmensebene gibt es 695 Tarifverträge im öffentlichen und im privaten Sektor, die für insgesamt ca. 79.500 Beschäftigte gelten. Dazu gelten derzeit Zwölf Tarifverträge zwischen den Gewerkschaften und den jeweiligen Ministerien oder Direktoraten für mehr als 121.230 Mitarbeiter_innen. Zehn Tarifverträge zwischen den Föderationen und weitere öffentlichen Einrichtungen regeln die Arbeitsbedingungen für ca. 61.000 Beschäftigte.

Der Grad der Tarifbindung ist im öffentlichen Sektor mit über 73 Prozent vergleichsweise hoch. Im Privatsektor liegt er jedoch nur bei 28 Prozent im privaten Agrarsektor sogar nur bei 3,8 Prozent.

Die Hauptanliegen der Gewerkschaften in den letzten Jahren sind die Folgenden:

- Kampf gegen Informalität (Schwarzarbeit),
- Erhöhung des Mindestlohns,
- Sicherheits- und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. In den letzten zwei Jahren ist insbesondere im Bergbau und im Bausektor die Zahl der Todesfälle am Arbeitsplatz gestiegen.

Im Privatsektor, insbesondere im Textilsektor, wurden Sensibilisierungskampagnen zur Einrichtung von Gesundheits- und Arbeitsschutzräten durchgeführt. Des Weiteren gibt es eine Initiative, um ein Gesetz zur Einrichtung von Betriebsräten auszuarbeiten. Das derzeitige geltende Gesetz regelt die Aufgaben und Funktionen des Betriebsrates nicht.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Dass der Premierminister mit ironischen Unterton mehrfach die Attraktivität des Investitionsstandorts Albanien unter anderem mit dem Fehlen effektiver Gewerkschaften belegte, beschreibt die schwache Bedeutung, die ihnen aktuell beigemessen wird. Ebenso charakterisiert es das vorherrschende Wirtschaftsmodell, welches mangels technologischer Wettbewerbsfähigkeit weiterhin auf einen komparativen Vorteil durch niedrige Lohnkosten setzt. Insgesamt ist also der Einfluss der Gewerkschaften beschränkt, was sich nicht nur am geringen Lohn, sondern auch an den Arbeitsbedingungen in einigen Branchen und im fehlenden Einfluss auf die Gesetzgebung zeigt. So hat auch der Nationale Arbeitsrat (NAR), das höchste Gremium des tripartiten Sozialdialogs, begrenztes politisches Gewicht. Der NAR ist rein konsultativ und wurde in der Vergangenheit oft für längere Phasen nicht zusammengerufen. Er gibt Empfehlungen an den Ministerrat und die entsprechenden Ministerien. Den Vorsitz dieses Gremiums hält das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft inne. Der NAR besteht aus 27 Mitgliedern und 27 Vertreter_innen. Die Sozialpartner (Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite) sind mit jeweils zehn Mitgliedern und die Regierung mit sieben Mitgliedern vertreten. Als Kriterien für die Vertretung der Sozialpartnerorganisationen zählen die Mitgliedszahlen und die Zahl der abgeschlossenen Tarifverträge.

Das begrenzte gesellschaftspolitische Gewicht korreliert zudem mit dem Image der Gewerkschaften in der Bevölkerung, das von einer wahrgenommenen eingeschränkten Repräsentativität, von parteipolitischen Verbindungen und von Unklarheiten bezüglich des Gewerkschaftsvermögens beeinflusst ist. Laut einer Studie aus dem Jahr 2018 über die öffentliche Wahrnehmung der Leistung der Gewerkschaften in Albanien sind sowohl Gewerkschaftsmitglieder als auch Nichtmitglieder der Meinung, dass sich politische Eingriffe negativ auf die Aktivitäten der Gewerkschaften auswirken. Darüber hinaus sind beide Gruppen der Ansicht, dass die Befugnisse der Gewerkschaften zur Entwicklung der staatlichen Arbeitspolitik beizutragen, erheblich eingeschränkt sind. Die politischen Parteien haben wiederholt um die Unterstützung der Konföderationen gebeten, aber wenig Interesse an einer Befähigung und Stärkung der Gewerkschaften für einen effizienten sozialen Dialog gezeigt.

Trotz des begrenzten politischen Einflusses waren zuletzt folgende Gewerkschaftsinitiativen erfolgreich:

- Die Regierung reagierte auf die Forderung des KSSH, den Mindestlohn zu erhöhen. Von ca. 180 Euro wurde dieser auf ca. 210 Euro substanziell angehoben.

- Zusammen mit der Mindestlohnerhöhung fordert der Gewerkschaftsbund Tarifverträge sowie die Genehmigung eines Sonderstatus für Bergarbeiter_innen und Metallarbeiter_innen. Gespräche zwischen der Regierung und den Gewerkschaften laufen.

Laut o. g. Studie aus dem Jahr 2018 bleibt die größte Herausforderung der Gewerkschaft das Erlangen stärkerer politischer Unabhängigkeit. Weitere Herausforderungen und Empfehlungen dieser Studie sind:

- höhere finanzielle Transparenz,
- mehr Demokratie innerhalb der Gewerkschaftsstrukturen,
- Entwicklung von wirksamen Strategien für mehr Engagement der Mitglieder im Gewerkschaftsleben,
- Effektive Nutzung von Medien zur Information der Öffentlichkeit.

Alternative Formen der Arbeitnehmervertretung wurden in den letzten Jahren vermehrt genutzt. So versuchen zivilgesellschaftliche Organisationen, die Rechte von Arbeitnehmer_innen im Privatsektor zu schützen. Dies geschieht bisher vor allem im Bergbau, im Textilsektor und im Call-Center-Bereich. Die Aktivitäten konzentrieren sich auf Aufklärungsarbeit und auf die Unterstützung der Selbstorganisation.

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.